

Nein zum Kopftuch-Verbot!

Kein Berufsverbot für Frauen

Ein Kopftuchverbot in der Schule oder im öffentlichen Dienst wird viele Frauen in die finanzielle Abhängigkeit von ihren Familien drängen oder zur Annahme von Billigjobs zwingen. Wir widersprechen der Behauptung, dass ein Kopftuchverbot einen Beitrag zur Gleichberechtigung von muslimischen Frauen leistet. Dass jede Kopftuch tragende Muslimin von männlichen Familienmitgliedern dazu gezwungen wird, ist eine Unterstellung, die Frauen entmündigt. Ein Kopftuchverbot erkennt Frauen das Recht ab, selbst zu entscheiden, ob sie ein Kopftuch tragen wollen oder nicht.

Jede Frau muss das Recht haben, einen Beruf ihrer Wahl auszuüben – unabhängig von ihrer Kleidung und Religionszugehörigkeit.

Jede Muslimin muss das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob sie das Kopftuch tragen will!

Dass sich unter jedem Kopftuch ein Opfer ihrer männlichen Familienangehörigen oder eine demokratiefeindliche Terroristin verbirgt, sind Vorurteile, die ein gesellschaftliches Klima von Angst und Feindseligkeit gegenüber Muslimen schüren. Wie das Zentrum für Christlich-Islamische Studien in Wien feststellte, hat der so genannte „Krieg gegen den Terror“ seit dem 11. September 2001 zu einer Zunahme von antiislamischem Rassismus und gewalttätigen Übergriffen auf Muslime in der gesamten EU geführt. Die Hysterie über die angebliche Gefahr eines islamischen Terrorismus in Deutschland entbehrt jeglicher Realität und bekommt durch die Debatte über ein Kopftuchverbot neuen Stoff.

Kein Mensch darf wegen seiner Religionszugehörigkeit kriminalisiert werden.

Jeder Mensch hat das Recht auf freie und öffentliche Ausübung seiner Religion (Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 4, 137 und Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 18).

Name	Anschrift	Organisation	Unterschrift

**an die Bundesregierung, sowie an die Bundesvorstandsvorsitzenden von SPD, Grünen und PDS
an die Länderregierungen, sowie an die Ländervorstandsvorsitzenden von SPD, Grünen und PDS**

Erstunterzeichner: Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Universität Osnabrück; Prof. Dr. John P.Neelsen, Institut für Soziologie, Universität Tübingen Christel Nadler, Lehrerin in Berlin-Kreuzberg; Irene Eckert, Studienrätin, Berlin; Gerhard Dürr, Pfarrer und Studiendirektor a.D., Vorstandsmitglied der CIBZ Stuttgart (Gesellschaft für christlich-islamische Begegnung und Zusammenarbeit); Dr. Kirsten Hofmann, Studienrätin, Hamburg; Elke Zwinge-Makamizile, GEW Berlin/AG Frieden; Harry Siegert, DGB-Gewerkschaftssekretär, Heidelberg; Arslan Yilmaz, IG Metall Berlin; Mag Wempel, labournet germany; Rainer Maria Kalitzky, Ver.di, Offenbach am Main; Samir Fetic, Vorstandsmitglied im Ver.di Bundesarbeitskreis Migration, Düsseldorf; Andreas Lüdecke, Vorsitzender der PDS Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin; Volkmar Wölk, Pressesprecher PDS Muldentalkreis, Grimma; Kadriye Karci, Migrationspolitische Sprecherin des Landesvorstandes PDS Berlin; Michael Gläser, ['solid], stellvertretender PDS -Fraktionsvorsitzender in der SVV-Altlandsberg; Jochen Dürr, Landessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft in der PDS Baden-Württemberg, Schwäbisch Hall; Ulrike Küstler, Stadträtin PDS - offene Liste, Stuttgart; Hans-Georg Hartwig, Landesvorstandsmitglied der PDS Niedersachsen, Braunschweig; Peter Franz, ev.-luth. Theologe, Weimar; Dr. Franz Segbers, katholischer Pfarrer und Privatdozent an der Universität Marburg; M. Riad Ghalaini, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Baden-Württemberg e.V., Stuttgart; Islamische Religionsgemeinschaft Hessen; Forum Unabhängiger Muslime e.V., Bonn; Muslimischer Frauenkreis Alzenau; Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V., Köln; Serkan Tugrul, Vorsitzender der "Deutschsprachigen Muslimischen Studenten" (DMS), Bielefeld; Kristian Schilling, Attac Campus Frankfurt /Main; Sascha Kimpel, Attac Berlin; Majida Shehadeh, Attac Hanau; Alex Harstall, Attac Bonn; Iran Socialforum in Deutschland; Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg; Palästinensische Gesellschaft für Menschenrechte e.V., Berlin; Brigitte Queck, Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg; Viviane Flüge, Demokratische Linke Humboldt-Uni, Berlin; Anne Kempe, JungdemokratInnen/Junge Linke, Berlin; Linksruck; Reach Out e.V. (Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus), Berlin; Dr. Ilja Seifert, Vorsitzender Berliner Behindertenverband; Sawsan Chahrour, Vorstandmitglied der Arbeitsgemeinschaft der Landesausländerbeiräte Hessen (agah), Rodgau; Harald Etzbach, internationale sozialistische linke (isl), Berlin; Frauenpolitisches Referat an der Humboldt-Uni Berlin; Die Schmiede e.V., Jugendaustausch und Kulturverein, Polkau; Initiativ e.V. - Verein für Demokratie und Kultur von unten, organisiert im Antifaschistischen Komitee Duisburg Einzelpersonen, Gemeinden und Organisationen, die als **Erstunterstützer** genannt werden wollen, **bitte mit Email an kein-berufsverbot@gmx.de**

Ausgefüllte Listen bitte an: PF 44 03 46, 12003 Berlin oder Fax: 030 - 63 22 56 20